

04.12.2015 - 14:44 Uhr

## VSE: Zusätzlicher Kostendruck setzt falsche Anreize für benötigten Um- und Ausbau der Netze

Aarau (ots) -

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) nimmt den Entscheid des Bundesrats, das Berechnungsmodell für den kalkulatorischen Zinssatz (WACC) im Stromnetzbereich nach lediglich drei Jahren bereits wieder zu verändern, mit Unverständnis zur Kenntnis: Dieser Entscheid gefährdet die Rechts- und Investitionssicherheit. «Zusätzlicher Kostendruck setzt falsche Signale», kritisiert VSE-Direktor Michael Frank. «Denn Investitionen ins Netz sind für die Umsetzung der Energiestrategie 2050 von grosser Bedeutung.»

Die Umsetzung der Energiestrategie 2050, die zunehmende Dezentralisierung von Produktion und Verbrauch, der künftige steigende Stromverbrauch einer wachsenden Bevölkerung sowie die zusammenwachsenden Energienetze erfordern hohe Investitionen in die Netzinfrastruktur. Der Bund schätzt die notwendigen Investitionen auf 6,4 bis 15,1 Milliarden Schweizer Franken. Dazu kommen die jährlichen Investitionen für den Substanzerhalt des heutigen Netzes, die allein jährlich rund 1,5 Milliarden Franken ausmachen. Diese Investitionen erfordern eine hohe Investitionsbereitschaft - und entsprechend eine hohe Rechts- und Investitionssicherheit mit einer verlässlichen und ausreichenden Verzinsung.

Überreaktion auf die aktuelle Zinssituation an den Märkten

Der Entscheid des Bundesrats, das Berechnungsmodell für den Weighted Average Cost of Capital (WACC) zu ändern, ist bereits im Ansatz eine Überreaktion auf die aktuelle Zinssituation an den Märkten - denn im Vergleich zum März 2013, als das aktuelle Berechnungsmodell in Kraft getreten ist, ist das Zinsniveau nur geringfügig gesunken.

«Kurzfristige Zinsniveaus haben mit langfristigem Kapitalengagement im Stromnetz nichts zu tun», sagt Michael Frank, der Direktor des Branchendachverbandes VSE.

Die Absenkung des kalkulatorischen Zinssatzes führt dazu, dass Netzunternehmen ihren Zinsaufwand teilweise nicht mehr decken können - wie eine aktuelle Studie im Auftrag des Bundesamts für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) zeigt. Zudem haben aufgrund der unsicheren Wirtschaftslage die Banken ihre Risikozuschläge nach der Aufhebung der Euro-Mindestgrenze Anfang 2015 deutlich erhöht.

Langfristige Investitionen benötigen langfristige Rechtsverbindlichkeit

Investitionen in die Netzinfrastruktur werden mit einem Zeithorizont von 40 oder 50 Jahren getätigt - und benötigen damit eine hohe Rechtsverbindlichkeit. «Mit dem heutigen Entscheid sendet der Bundesrat das Signal aus, dass langfristige Engagements durch kurzfristige Änderungen unattraktiver gemacht werden können», sagt Michael Frank. «Damit nimmt die Investitionssicherheit ab - und dies in einer Branche, die sich für die Zukunft rüsten muss.» Für den VSE ist der Entscheid des Bundesrats ein weiteres Signal, dass die Politik in der Energiestrategie 2050 zu einseitig nur den Aspekt der Produktion betrachtet - dabei aber vergisst, dass es für eine erfolgreiche Umsetzung eine Betrachtung des Gesamtenergiesystems braucht, also parallel auch Massnahmen im Bereich Netz/Transport und Speicherung benötigt

Aus Sicht des VSE ist das vorweihnachtliche Geschenk des Bundesrats an die Stromkunden alles andere als nachhaltig. Die WACC-Senkung entlastet die Stromkunden um jährlich 174 Millionen Franken. In der Breite bleibt davon wenig übrig. Für den Durchschnittshaushalt ergibt sich eine Reduktion von rund einem Franken pro Monat - der Industrie und dem Gewerbe werden total nur 16 Prozent, also knapp 28 Millionen Franken, ausgeschüttet. Kurz: Kleine finanzielle Vorteile in der Gegenwart werden mit zusätzlicher Unsicherheit im Stromnetz teuer erkaufte.

Kontakt:

Sandro Pfammatter, Mediensprecher  
Tel. +41 62 825 25 24 oder +41 78 659 14 55,  
sandro.pfammatter@strom.ch

Céline Reymond, Porte-parole  
Tel. +41 21 310 30 23 oder +41 79 412 97 23 ,  
celine.reymond@electricite.ch

